

# Höchste Zeit für eine sozial-ökologische Transformation

## Wegweiser für eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung - eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

Franz Groll 27. April 2020 (Änderungsstand D 21.8.2020)

### 1. So kann es nicht weitergehen

*Was wäre wohl passiert, wenn der Corona-Virus schon in den 1970er-Jahren in China Menschen befallen hätte?? Wir können es nicht wissen. Es ist aber zu vermuten, dass dann in China auch eine größere Anzahl von Menschen infiziert worden wären und einige davon wären auch gestorben. Aber sehr wahrscheinlich hätte die Welt davon gar nichts erfahren. Und es hätte mit Sicherheit keine weltweite Corona-Pandemie gegeben! – Was läuft falsch?*

- Warum beuten wir die Rohstoffe aus, bis sie aufgebraucht sind?
- Warum werden Kriege zur Rohstoffsicherung geführt?
- Warum verursachen wir das größte Artensterben seit dem Aussterben der Dinosaurier vor 66 Millionen Jahren?
- Warum überfischen wir die Meere und vermüllen sie mit Millionen von Tonnen Plastik?
- Warum belasten wir unsere Böden und unsere Gewässer mit Dünger und Chemikalien?
- Warum verursachen wir die Klimakrise und verändern unser Handeln nur halbherzig?
- Warum beuten wir die Menschen im globalen Süden aus?
- Warum betreiben Konzerne und Staaten „land-grabbing“ vor allem in Afrika?
- Warum bekommt im reichen Deutschland nahezu ein Viertel unserer Arbeitskräfte einen so niedrigen Lohn, dass sie fast nicht davon leben können?
- Warum meinen wir, dass unsere Wirtschaft unaufhörlich wachsen müsse?
- Warum lassen wir uns zu immer höherem materiellem Verbrauch antreiben?
- Warum wird die Globalisierung so auf die Spitze getrieben, dass selbst lebenswichtige Wirkstoffe und Medikamente nicht mehr in Europa hergestellt werden?
- Warum gefährden wir die Menschheit mit der weltweiten Übertragung von lokalen Krankheiten – ausgelöst durch den extremen, weltweiten Austausch von Gütern und Menschen - verursacht durch die fast grenzenlose Globalisierung?

Der Urgrund für all diese Probleme und Fehlentwicklungen ist die rastlose Gewinnsucht, mit der damit verbundenen Ausbeutungs- und Externalisierungspraxis und die von uns unhinterfragte Selbstverständlichkeit, dass Geldvermögen Gewinne abwerfen und sich vermehren müssen. Es ist dieses kapitalistische Denken, das uns all diese Probleme beschert und durch den Wachstumszwang weiter verstärkt. Es ist dieses kapitalistische Denken, das mit der neoliberalen Ideologie auf die Spitze getrieben und weltweit verbreitet wurde. So kann es mit Sicherheit nicht weitergehen. Wir brauchen dringend ein ganz grundsätzliches Umdenken!

Bisher dachte ich immer, dass wir dieses kapitalistische Denken nicht rasch genug überwinden können und plädierte dafür, zu versuchen, die drängendsten Probleme mit Vorschriften und Beschränkungen in den „Griff“ zu bekommen, die auch schon im kapitalistischen System gestartet werden können, denn insbesondere der Klimawandel erfordert ein sehr schnelles Handeln.

Auf diese Vorschriften und Beschränkungen, sie werden im Abschnitt 12 kurz dargestellt, werden wir nicht verzichten können, denn auch dann, wenn wir das kapitalistische Denken überwunden haben

werden, werden wir uns nicht alle sofort zu „Muster-Menschen“ wandeln, denn wir sind seit gut 200 Jahren im kapitalistischen Denken erzogen worden, das werden wir nicht von jetzt auf nachher ablegen können. Aber nur mit Vorschriften und Beschränkungen werden unsere Anstrengungen zur Sisyphus-Arbeit, wenn wir nicht gleichzeitig damit beginnen, den im Kapitalismus angelegten Bereicherungs- und Wachstumszwang zu überwinden. Und sehr wahrscheinlich wird das kapitalistische System ohnehin sehr bald kollabieren, denn es wird sich herausstellen, dass selbst mit größtmöglichem technischem Fortschritt ein ewiges wirtschaftliches Wachstum nicht möglich sein wird.

**Wir bringen die gesamte Menschheit in Gefahr, wenn wir dieses Denken nicht ganz schnell in Frage stellen und ein neues Verständnis für eine zukunftsfähige Ökonomie entwickeln und dann zügig in die Praxis umsetzen.**

## **2. Der Wesenskern des Kapitalismus und sein Wachstumszwang**

Es gibt unterschiedliche Meinungen darüber, was der eigentliche Wesenskern des Kapitalismus ist. Die einen setzen ihn gleich mit dem Privatbesitz von Produktionseinrichtungen, für andere ist Kapitalismus und Marktwirtschaft identisch.

Beides ist nicht zutreffend, denn die Marktwirtschaft und den Privatbesitz an Produktionseinrichtungen gibt es schon seit dem sich die Menschen spezialisiert haben und Handel betreiben, also seit etwa 12 000 Jahren. Der Kapitalismus, also das kapitalistische Denken, ist aber erst in der Neuzeit entstanden und zwar in der Zeit, in der die katholische Kirche das Zinsverbot erlassen hatte.

**Der Wesenskern des Kapitalismus ist die Vorstellung, dass sich das Geldvermögen durch Verleihen und durch finanzielle Beteiligung vermehren muss, dass also Geldvermögen ohne eigene Leistung einen Gewinn abwerfen muss.** Da die katholische Kirche die Zinsnahme verboten hatte, wurden Alternativen gesucht. Am weitesten verbreitet war die Aneignung von Land, das dann an landlose Bauern verpachtet wurde. Ende des 14. Jahrhunderts wurden von einer schwedischen Firma die ersten Aktien ausgegeben, und Anfang des 17. Jahrhunderts gab es in Holland die erste Aktienbörse. Weitere Methoden der Gewinnabschöpfung sind die Ausgabe von Anleihepapieren, die ebenfalls gehandelt werden und die Ausgabe von Krediten.

Da der größte Teil der Geldvermögen sich im Besitz von wenigen sehr reichen Personen konzentriert, wird das Einkommen aus Kapitalbesitz überwiegend nicht für den Konsum verwendet, wie das Einkommen aus Arbeit, sondern es wird wieder reinvestiert und dadurch der Besitz an Geld-Kapital immer weiter erhöht. Man nennt dies die Akkumulation des Geld-Kapitals.

**Damit dieses sich vermehrende Geld-Kapital eine Anlagemöglichkeit findet, muss die Wirtschaft wachsen. Das ist der Kern des kapitalistischen Wachstumszwangs.**

## **3. Gibt es weitere Wachstumszwänge?**

Da wir in diesem Wachstumsdenken gefangen sind, angetrieben durch die Wirtschaftswissenschaft, die allen Ernstes der Überzeugung ist, und es wissenschaftlich nachweist, dass die Wirtschaft zum „Wachstum verdammt“ ist, planen die meisten Unternehmen und auch die Regierungen mit Wachstum. (Es gibt sogar seit 1967 das Wachstums- und Stabilitätsgesetz.) Stellt sich dieses Wachstum dann nicht ein, dann gibt es tatsächlich Probleme. Würden wir aber unsere Zukunft ohne Wachstum planen, oder gar mit einer moderaten Schrumpfung, und würde sich dann die Zukunft entsprechend der Planung entwickeln, dann hätten wir kein Problem.

Sehr wahrscheinlich müssten wir dann auch mit weniger materiellem Konsum zufrieden sein. Wäre das aber wirklich ein Problem? Ja, für Menschen mit unterdurchschnittlichem Einkommen schon. Ihr Einkommen muss deshalb verbessert werden, dann ist es für niemanden ein Problem. Wir werden dann unser Leben anders genießen – mehr Bildung, mehr Geselligkeit, mehr Muße, mehr Genuss der Natur, mit der wir uns dann viel mehr verbunden fühlen werden als heute. Ja, wir sind ein Teil der Natur, das werden - das müssen wir wieder lernen!

**Dann gibt es da noch die Meinung von Prof. H.C. Binswanger, dass Unternehmen nur dann Gewinne** machen könnten, wenn die Wirtschaft wächst. Er schreibt in seinem Buch „Die Wachstumsspirale“ auf Seite 367: „Damit Gewinne entstehen, müssen daher die Einnahmen durch Geldzufuhr stets steigen.“ Die Wirtschaft müsse also wachsen. Er ist sogar der Meinung, dass wir nicht in eine stationäre Ökonomie einmünden können. Er schreibt auf Seite 308: „Sie [die moderne Wirtschaft] steht vielmehr ständig – in jedem „Heute“ – vor der Alternative: Wachstum oder Schrumpfung.“

Diese These von H.C. Binswangers „Wachstumsspirale“ wird zwar von Prof. Niko Paech in seinem Buch „Die Befreiung vom Überfluss“ mit einem sehr einfachen betriebswirtschaftlichen Modell gestützt, dennoch halte ich diese These für falsch. Mit einem Modell mit nur einem Unternehmen der Konsumbranche kann das nicht erklärt werden.

**Ein volkswirtschaftlicher Gewinn entsteht dann, wenn wir mehr Güter und Dienstleistungen zur Verfügung stellen, als wir in der gleichen Zeit konsumieren.** Dieses „Mehr“ können Investitionsgüter sein, Wissen, Wohnungen usw. Wer die Nutznießer dieses „Mehr“, also dieses Gewinns, sind, ist eine Frage der Verteilung. Diesen volkswirtschaftlichen Gewinn gab es schon, als das BIP noch viel niedriger war als heute. Das bedeutet, dass sogar bei einer schrumpfenden Wirtschaft Gewinne entstehen können, für Unternehmen und auch für private Haushalte. Dann muss allerdings der Verbrauch ebenfalls entsprechend zurückgehen. Z.B. in dem wir dann nicht mehr nach Neuseeland in den Urlaub fliegen, sondern in unserem Naherholungsgebiet Entspannung genießen. Diesen vermeintlichen Wachstumszwang, wie er von Herrn Binswanger definiert wird, gibt es also gar nicht.

Aber es gibt außer dem Wachstumszwang zusätzlich den **Wachstumsdrang**, ausgelöst durch unsre Kreativität, die dazu führt, dass wir immer alles besser, schneller, höher und schöner machen wollen. Diese Kreativität wird durch den Wettbewerbsdruck, aber auch durch unseren Ehrgeiz für besondere Leistungen zusätzlich angefacht. Dadurch kommen immer neue Produkte auf den Markt, die das Wachstum beschleunigen. In Zukunft ist es entscheidend, dass wir diese Kreativität zur Lösung der ökologischen Probleme nutzen und nicht zur Entfaltung eines wirtschaftlichen Wachstums, das die Probleme verstärkt.

#### **4. Warum fällt uns die Überwindung des Kapitalismus so schwer?**

Die Suche nach einer Alternative zum kapitalistischen Wirtschaftssystem fällt uns aus mehreren Gründen sehr schwer:

1. Dieses System hat in den Industriestaaten in den letzten 150 Jahren zu einem erheblichen wirtschaftlichen Wachstum und auch zu Wohlstandsgewinn geführt, zwar mit großen sozialen Unterschieden, aber auch die Menschen mit geringerem Einkommen leben heute besser als die Mehrheit vor 150 Jahren.
2. In Deutschland war diese Entwicklung vor allem nach dem 2. Weltkrieg, in der Zeit der sozialen Marktwirtschaft, besonders positiv.
3. Es wird oft gesagt, dass die industrielle Revolution ab dem Ende des 18. Jahrhunderts ein Verdienst des Kapitalismus sei. Das ist allerdings zumindest umstritten, denn bei den Erfindungen, die die industrielle Revolution einleiteten, der Dampfmaschine von J. Watt und des mechanischen Webstuhls von dem geistlichen E. Cartwright, spielte der Kapitalismus keine Rolle. Damals hatten die Kapitalisten ihr Kapital noch zum größten Teil in Grundstücke angelegt, die an landlose Bauern verpachtet wurden. Es ist eher so, dass die Kapitalisten die technische Revolution für ihre Bereicherung genutzt haben, wodurch die technische Revolution allerdings beschleunigt wurde. Durch diese kapitalistische Ausnutzung der industriellen Revolution wurden dann auch die Menschen, insbesondere im 19. Jahrhundert, in unerträglichem Maße ausgebeutet.
4. Der Glaube, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem alternativlos ist, ist sehr weit verbreitet, vermutlich ist es die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung.

Dies hat 2 Gründe:

- a. Sehr oft wird Marktwirtschaft und Kapitalismus als identisch betrachtet; dann ist die Alternative eine Planwirtschaft.
- b. Die bisher einzige praktizierte Alternative zum marktwirtschaftlichen Kapitalismus, die sozialistische Planwirtschaft, hat sich sowohl in der Wirtschaftsleistung, wie auch beim Umweltschutz, als unterlegen herausgestellt, und die Menschen waren auch nicht glücklicher als im kapitalistischen System.

Eine **nichtkapitalistische Marktwirtschaft** wird gar nicht untersucht, da die BefürworterInnen des Kapitalismus dazu keine Veranlassung haben und die BefürworterInnen der Planwirtschaft diese Variante ausschließen. Diese Blockade soll im weiteren Verlauf überwunden werden.

5. Die Wirtschaftswissenschaft, die Banken und die Kapitalbesitzer versetzen uns in den Glauben, dass das Kapital der Kapitalbesitzer für die Investitionen und damit für die weitere Entwicklung der Wirtschaft zwingend erforderlich sei. Daraus folgt die Angst vor dem „Abwandern“ des Kapitals, wenn die Kapitaleinkommen angemessen besteuert werden. Das Kapital sei „ein scheues Reh“, das vom Staat gar nicht kontrolliert werden könne! Deshalb werden die KapitalbesitzerInnen privilegiert behandelt. In den nächsten beiden Abschnitten werden diese Behauptungen überprüft. Dann werden wir sehen, ob diese Ängste gerechtfertigt sind.

## **5. Ist das Kapital der Kapitalbesitzer für Investitionen zwingend erforderlich?**

Vor der Zeit von Adam Smith Ende des 18. Jahrhunderts galt die Arbeit als der „Vater“ und die Natur als die „Mutter“ des Wohlstandes der Menschen (Sir William Petty 17. Jahrh). Adam Smith stellte dann die These auf, dass nur so viel investiert werden könne, wie Kapital zur Verfügung steht. Seit dieser Zeit gilt das Kapital als der wichtigste Produktionsfaktor, als DAS knappe Gut.

Zu der Zeit von Adam Smith mag das Kapital, wegen der Goldbindung des Geldes, ein limitierender Faktor gewesen sein. Heute ist das aber ganz anders. Die Geschäftsbanken können ein Mehrfaches ihrer Kundeneinlagen als Kredite vergeben, und die Notenbanken können im Prinzip jede erforderliche Menge an Kapital aus dem „Nichts schöpfen“ und zur Verfügung stellen, so lange sie die Stabilitätskriterien einhalten. Das geschieht auch seit Jahren. Die EZB (Europäische Zentralbank) hat jahrelang jeden Monat 60 Milliarden € zusätzlich aus dem „Nichts geschöpft“ und zur Verfügung gestellt und z.Z. geschieht ähnliches.

**Zudem wird das Kapital bei einer Investition nicht wie die Produktionsfaktoren Arbeit und natürliche Ressourcen verbraucht, sondern es fließt wieder zurück, sogar vermehrt um den Zins oder die Gewinnbeteiligung.**

Die Erkenntnis daraus ist:

**Was nicht verbraucht wird, und was aus dem Nichts jederzeit geschaffen werden kann, kann gar nicht knapp werden!**

Prof. H.C. Binswanger nannte daher das Geld-Kapital nicht einen Produktionsfaktor, sondern einen **Promotionsfaktor**.

**Dieser Promotionsfaktor muss nicht von einem Kapitalbesitzer kommen, er kann auch z.B. von der Notenbank zur Verfügung gestellt werden, an die der Kredit dann wieder zurückbezahlt wird.**

**Es ist deshalb eine Mäe, dass es private Kapitalbesitzer geben muss, damit die Wirtschaft für Investitionen Kapital erhalten und sich entwickeln kann.**

**Es gibt also gar keinen Grund, die KapitalbesitzerInnen, sie werden oft als die „Investoren“ bezeichnet, bei Laune zu halten, zu hofieren und mit Steuerreduzierungen anzulocken.**

**Sie werden in Wirklichkeit gar nicht gebraucht! Im Gegenteil, sie sind die Ausbeuter der Realwirtschaft.**

**Wir müssen endlich aufwachen und uns von völlig unbegründeten Vorstellungen und Ängsten befreien.**

Völlig abwegig wird es, wenn das in der Realwirtschaft erarbeitete Geld-Kapital nicht wieder in der Realwirtschaft reinvestiert wird, sondern an den internationalen Finanzmärkten für Spekulationen verwendet wird. Dies geschieht seit Jahrzehnten, seit dem sich die neoliberale Steigerung des kapitalistischen Denkens durchgesetzt hat.

*Dazu ein interessantes Zitat von Frédéric Bastiat, 1801-1850, französischer Schriftsteller und Ökonom: „Wenn eine gesellschaftliche Gruppe die Plünderung zur Daseinsform erhoben hat, wird sie sich im Laufe der Zeit ein Rechtssystem zulegen, das die Plünderung rechtfertigt, und eine Moral, die sie verherrlicht“.*

## 6. Nützliche und unnütze Investitionen

Es haben sich unterschiedliche Methoden der Gewinnerzielung entwickelt, die differenziert zu bewerten sind.

Da gibt es zunächst die Investitionen von Geldvermögen (Geld-Kapital) in einen eigenen Betrieb, oder als Teilhaber eines Betriebes. Wenn diese Betriebe sozialen, ökologischen und gesellschaftlichen Anforderungen gerecht werden, dann sind solche Investitionen zu begrüßen, denn dadurch werden neue (in Zukunft ökologische) Verfahren entwickelt, zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und Produkte erzeugt, die den Wohlstand verbessern können. Entscheidend ist jedoch, wie viel Unternehmensgewinn aus diesen Aktivitäten beansprucht und an die Kapitalgeber ausgezahlt wird.

Ganz anders sind Gewinne zu bewerten, die durch „Investitionen“ in die vielfältigen „Finanzprodukte“ der international agierenden Banken erzielt werden. **Bei diesen rein kapitalistisch geprägten „Investitionen“ werden keine Güter erzeugt. Diese sogenannten Investitionen sind daher gesellschaftlich völlig nutzlos.** Sie bieten nur dem „Investor“ die Chance, das private Geldvermögen zu mehren, womit er sich einen größeren Anteil an den von der Realökonomie erzeugten Gütern und Dienstleistungen aneignen kann. Sein Vorteil geht also zwangsläufig zu Lasten der Menschen, die ihre Arbeitskraft und auch ihr Geldvermögen in den Dienst der Realökonomie stellen.

Diese neue Steigerung des kapitalistischen Denkens ist ein Resultat der neoliberalen / neoklassischen Wirtschaftstheorie, die in den 1970er Jahren wieder „hoffähig“ gemacht wurde und seitdem die dominante Wirtschaftstheorie ist. Einer der Protagonisten war Milton Friedman, von dem folgendes Zitat bekannt ist: „Die soziale Verantwortung der Wirtschaft ist es, ihre Profite zu vergrößern.“ Das erklärte Ziel ist also nicht, den Wohlstand für alle Menschen zu mehren oder, angesichts der zukünftigen ökologischen Probleme diese zu lösen, um den Wohlstand erhalten zu können. Nein, Ziel der herrschenden Volkswirtschaftslehre ist, die Profite (der Kapitalgeber) zu vergrößern, koste es was es wolle. Und ganz traurig ist die Tatsache, dass dies unwidersprochen bleibt und von den Ökonomen, den Großunternehmern und auch von den PolitikerInnen zur Leitidee hochstilisiert wird.

Daraus resultieren die Exzesse, die sich an den internationalen Finanzmärkten abspielen, unterstützt von den PolitikerInnen, die die Steueroasen ermöglichen und die den Banken aus der Patsche helfen, wenn sie sich verspekuliert haben. Das Ziel der Großbanken ist nicht mehr, Unternehmen mit Krediten zu versorgen und dadurch eine zukunftsfähige Entwicklung zu ermöglichen.

**Ihr Ziel ist es, möglichst hohe Gewinne zu machen, ohne der Wirtschaft zu dienen.** Im Gegenteil, durch ihre Spekulationsaktivitäten verursachen sie immer häufiger Wirtschaftskrisen, wie z.B. im Jahr 2008. Bei dieser Krise mussten die Regierungen sehr viele Banken mit öffentlichen Mitteln vor dem Konkurs retten. Die Banken konnten jahrelang sehr hohe Gewinne einstreichen und ihre Angestellten wurden mit unglaublich hohen Gehältern und Boni belohnt. Selbst während dieser Krise wurden noch Milliarden von Boni ausgeschüttet, obwohl die Banken Verluste machten.

**Es ist allerhöchste Zeit, dass wir uns klarmachen, dass diese Großbanken und Fonds für unsere produktive Ökonomie nicht nur nichts nützen, im Gegenteil, sie sind Schmarotzer, die unsere Ökonomie destabilisieren und ausbeuten.**

**Damit wir uns von dieser grandiosen Fehlentwicklung und dem daraus resultierenden Wachstumszwang befreien können, müssen wir uns von der Vorstellung verabschieden, dass Geldvermögen Gewinne abwerfen müssen.**

## **Damit verabschieden wir uns von der Grundidee des Kapitalismus.**

### **Die Alternative ist aber nicht die Planwirtschaft, sondern die Marktwirtschaft ohne „Entlohnung“ des Kapitals.**

Diese grundlegende Veränderung ist nicht nur erforderlich, um den Wachstumszwang zu beseitigen, diese Maßnahme ist auch in höchstem Maße gerecht, denn alle erzeugten Güter und Dienstleistungen und auch alles erwirtschaftete Kapital entsteht durch den Einsatz der beiden Produktionsfaktoren Arbeit und natürliche Ressourcen.

Die „Entlohnung“ des Kapitals geht zwangsläufig zu Lasten der Entlohnung der Arbeitskräfte und sie ist auch eine „Belohnung“ für den Verbrauch der natürlichen Ressourcen und die Belastung der Umwelt. Das ist ein fundamentaler Fehler, denn die Ressourcen und die Belastbarkeit der Umwelt sind begrenzt und auf ihre maßvolle Nutzung haben alle Menschen, auch die zukünftig lebenden, das gleiche Anrecht, **dann dürfen sie nicht zur Gewinnerwirtschaftung privatisiert werden.**

**Was wir aber dringend brauchen, sind Menschen mit Ideen, Kreativität und Unternehmensfreude, die mit ihren MitarbeiterInnen Verfahren, Produkte und Dienstleistungen entwickeln und zur Verfügung stellen, mit denen die Probleme gelöst und ein sozialer und ökologisch verträglicher Wohlstand entwickelt werden kann.**

**Wir müssen also unterscheiden zwischen UnternehmerInnen und BesitzerInnen von Geldvermögen.**

## **7. Grundzüge einer zukunftsfähigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung**

Die wichtigste und entscheidende Veränderung ist die Überwindung des kapitalistischen Denkens. Dazu sind folgende Veränderungen erforderlich:

1. Es werden nur Arbeitsleistungen (körperliche und geistige) entlohnt.
2. Für den Einsatz von Geldvermögen werden keine Gewinne ausgeschüttet, Einkommen gibt es nur aus der Arbeitsentlohnung, es gibt daher keine Besitzerinnen von großen Kapitalvermögen.
3. Unternehmen der Realwirtschaft können bis zu einer akzeptablen Höhe Gewinne erwirtschaften, die nicht an Kapitalgeber ausgeschüttet werden. Die Gewinne sind das Ergebnis der Arbeitsleistung aller MitarbeiterInnen, von der Hilfskraft bis zur Unternehmensleitung. Die MitarbeiterInnen werden an den Gewinnen beteiligt.
4. Die zukunftsfähige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gewährleistet die Einhaltung der planetaren Grenzen. Sie darf folglich keinem Wachstumszwang unterliegen und sie muss, falls erforderlich, auch eine Reduktion der Wirtschaftsleistung (Schrumpfung) ermöglichen.
5. Die Nutzung von natürlichen Ressourcen wird in Rechnung gestellt.
6. Bei Bedarf wird die Nutzung von Ressourcen bzw. der Ausstoß von umweltbelastenden Stoffen begrenzt (kontingentiert).
7. Die Umweltvorschriften werden im eigenen Land und in gleicher Weise in anderen Staaten eingehalten.
8. In der zukunftsfähigen Gesellschaft hat die Eigenversorgung innerhalb eines Wirtschaftsraumes Priorität. Importiert wird nur das, was selbst nicht oder nur mit erheblich höherem Aufwand hergestellt werden kann.
9. Die zukunftsfähige Ökonomie hat ein Außenhandelsgleichgewicht, und unterstützt ärmere Staaten bei ihrer Entwicklung.

Weitere Kriterien der zukunftsfähigen und solidarischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sind:

10. Ihre Grundlage ist eine gerechte und soziale Gesellschaftsordnung.
11. Alle haben ein Einkommen, von dem man in Würde leben kann; innerhalb eines Staates ist der Unterschied zwischen der niedrigsten und der höchsten Gehaltsstufe nicht höher als 1:10.
12. Die Ausbeutung von Arbeitskräften im eigenen Staat oder in anderen Ländern wird unterbunden.

13. Die Unternehmen handeln nach den Prinzipien der Gemeinwohl-Ökonomie.
14. In der zukunftsfähigen Gesellschaft wird die Kreativität aller Menschen genutzt.
15. Sie gewährt allen die gleichen Bildungschancen.
16. Alle BürgerInnen haben das gleiche Anrecht auf eine bestmögliche Gesundheitsversorgung.
17. Die Sozialleistungen sind so bemessen, dass auch arbeitsunfähige, kranke und Menschen im Rentenalter ein Leben in Würde führen können.

## 8. Die konkreten Vorschläge für die verbleibende Kapital-„Entlohnung“

Bei der Formulierung der Vorschläge ist folgendes zu berücksichtigen:

- a) Die Vorschläge müssen geeignet sein, den Wachstumszwang der Wirtschaft zu überwinden.
- b) Sie sollen unserem Gerechtigkeitsempfinden entsprechen.
- c) Sie sollen den Anforderungen einer funktionsfähigen Ökonomie gerecht werden.

Daraus resultieren folgende Vorschläge:

1. Habenzinsen entsprechen der Inflationsrate, das bedeutet, dass der Realzins bei null liegt. Die Sparer bzw. Sparerin gewinnen zwar nichts hinzu, aber sie verlieren auch bei einer Inflation nichts.
2. Kreditzinsen entsprechen der Inflationsrate, plus Bearbeitungskosten und Kosten für die Kreditausfallversicherung. Banken machen dann keine Gewinne mehr, müssen sie auch nicht.
3. Das Kapital von Direktinvestoren, die nur mit dem eingesetzten Kapital haften, erhalten die gleichen Konditionen wie die Banken bei der Kreditvergabe. Das bedeutet, dass auch sie mit dem investierten Geld keine Gewinne mehr machen. Dadurch kommt es bei ihnen zu keiner weiteren Kapitalakkumulation, **was das Ziel ist, um aus der Wachstumsspirale herauszukommen.**
4. Für Eigenkapital, das UnternehmerInnen in ihrem eigenen Betrieb investieren und mit ihrem gesamten Vermögen haften, ist ein etwas höherer Risikoaufschlag angemessen; der Betrag ist in einem gesellschaftlichen Konsensverfahren zu ermitteln. Da der Gewinn eines Unternehmens durch die Arbeitsleistung aller MitarbeiterInnen entsteht, sollte sich die Gewinnlimitierung nach der Lohnsumme richten. Nach meiner Vorstellung sollte der Betriebsgewinn nicht höher sein als 4 – 5 % der Lohnsumme. (Siehe auch Abschnitt 12.4.)

Gewinne, die diese Werte übersteigen, sind durch eine progressive Besteuerung so zu belasten, dass sie auf den akzeptierten Sollwert reduziert werden.

Mit diesen Vorschlägen können nur Unternehmen der Realwirtschaft weiterhin in begrenztem Umfang Gewinne erwirtschaften. Dies ist auch erforderlich, damit sie in der Lage sind, in die Ökologisierung ihrer Produktion zu investieren.

Da diese Gewinne durch die Kreativität, das Fachkönnen und den Fleiß aller Beschäftigten erwirtschaftet werden, sind sie entsprechend am Gewinn zu beteiligen.

(Um Missverständnissen vorzubeugen, wird hier kurz erläutert, was unter Gewinn zu verstehen ist. Es ist der Erlös aus dem Verkauf der Produkte und Dienstleistungen, abzüglich aller Gestehungskosten, also Löhne, Material, Gebühren, Abschreibungen für getätigte Investitionen und der verbleibende kleine Rest der Kapitalkosten.)

## 9. Der Übergang zur zukunftsfähigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung

Wie kann der Übergang von unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu einer Ordnung ohne soziale und ökologische Ausbeutung und ohne Wachstumszwang gelingen, ohne dass die Wirtschaft kollabiert?

Klar ist, dass das nicht nur national geschehen kann, es kann aber auch nicht gewartet werden, bis der letzte Politiker vom Schläge eines Donald Trump mitmacht. Die Mindestanforderung ist eine Einigung aller EU-Staaten. Dies wird jedoch erst dann erreichbar sein, wenn die Mehrheit der Bevölkerung die Notwendigkeit dieser fundamentalen Veränderungen erkennt und einfordert.

Um dies zu erreichen muss als erstes der Bevölkerung mit einer **Aufklärungskampagne** die Gefahren verdeutlicht werden, die durch die Umweltprobleme, das Artensterben, die Gefahr von wiederkehrenden Pandemien und ganz besonders durch den **Klimawandel** entstehen und es muss dargestellt werden, wie groß die Anforderungen sind, damit der Klimawandel noch gestoppt werden kann. Gleichzeitig muss aufgezeigt werden, wie wir diese bedrohliche Lage meistern können. Das betrifft sowohl den ökologischen Umbau unserer Wirtschaftsweise, aber auch die ökonomischen Veränderungen, die erforderlich sind. Und es müssen auch die Fakten über die zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft dargestellt werden.

Es ist jedoch nicht auszuschließen, ja – es ist sogar wahrscheinlich, dass die Erkenntnis und die Bereitschaft für die erforderliche, grundlegende Veränderung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erst dann erreicht wird, wenn es sich herausstellt, dass die erforderlichen ökologischen Ziele unter Wachstumsbedingungen nicht erreicht werden können.

Im Mittelpunkt der Kampagne für die ökonomischen Veränderungen müssen die Erkenntnisse stehen, wie sie in den Abschnitten 5 und 6 dargestellt sind. Es muss vor allem verdeutlicht werden, dass alle erzeugten Güter und Dienstleistungen und auch alles erwirtschaftete Kapital durch den Einsatz der beiden Produktionsfaktoren Arbeit und natürliche Ressourcen entsteht, und dass das Geld-Kapital der Vermögenden für die Prosperität der Wirtschaft gar nicht gebraucht wird.

Damit der Übergang zu einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus gelingen kann, ist es von großer Bedeutung, dass es den UnternehmerInnen klar wird, dass sie im heutigen kapitalistischen System in Wirklichkeit von den BesitzerInnen von Geldvermögen ausgenutzt werden. **Diese nutzen das Engagement der UnternehmerInnen, um ohne eigene Leistung ihr Vermögen zu mehren.** Es ist deshalb völlig unverständlich, dass sie sich heute eher mit diesen „Schmarotzern“ verbünden, als mit ihren Beschäftigten. UnternehmerInnen dürfen, wenn sie erfolgreich sein wollen, nicht nur ihre Eigeninteressen verfolgen und schon gar nicht die Interessen der KapitalbesitzerInnen, sondern sie müssen die Interessen der MitarbeiterInnen, der Kunden und der Lieferanten mitberücksichtigen. Sie sind ihre wirklichen „Verbündeten“, nicht aber die KapitalbesitzerInnen.

Im nächsten Schritt müssen alle bisherigen Planungen, bei denen von wirtschaftlichem Wachstum ausgegangen wurde, revidiert werden. Das betrifft die Verschuldung und die Investitionsplanungen der Unternehmen sowie der öffentlichen und der privaten Haushalte. Auch die kapitalgedeckte Altersvorsorge muss ganz neu überdacht werden, denn ihre Berechnungsgrundlage ändert sich grundlegend.

Dann muss eine ganze Reihe von Veränderungen erlassen werden, die die Möglichkeit der Ausbeutung der Realwirtschaft und der Spekulation an den Waren- und Aktienbörsen verhindern. So müssen z.B. den Hedge-Fonds die Zulassung wieder entzogen werden. Alle Banken dürfen nicht mehr an Rohstoff- und Nahrungsmittelbörsen spekulieren, sie dürfen sich nicht an der Spekulation mit Aktien, Derivaten und Kreditverbriefungen beteiligen, auch nicht im Auftrag der Kunden. Sie müssen ihre Zweckgesellschaften schließen, ebenso ihre Filialen in Steueroasen und sie dürfen keine Geschäfte mit Unternehmen tätigen, die ihren Sitz oder eine Filiale in Steueroasen haben. Das Aktiengesetz ist so zu verändern, dass für die Ausschüttung von Dividenden und für die Ausübung des Stimmrechts die Aktie mindestens 2 Jahre im Besitz des Aktionärs sein muss. Der Millisekunden-Handel wird verboten. Längerfristig sind die Aktien ganz abzuschaffen und durch persönliche, nicht handelbare Anteilsscheine zu ersetzen.

Steuermindernde Scheingeschäfte der Konzerne mit Tochtergesellschaften in Steueroasen sind zu verbieten.

Die Finanztransaktionssteuer ist so schnell wie möglich einzuführen.

Fast alle diese Forderungen sind nicht neu, sie wurden aber nicht umgesetzt, weil die Regierungen meinten, dass dies nicht möglich sei. **In den letzten Wochen haben wir aber gelernt, dass die Regierungen viel drastischere Maßnahmen erlassen können, wenn sie es nur wollen.**

Der nächste wichtige Schritt ist der Abbau der riesigen Geldvermögen. Das betrifft vor allem das Geld-Kapital, das in den internationalen Finanzmärkten „investiert“ ist. Dieser Überhang an Geldvermögen ist vor allem durch die Steuersenkungen der letzten Jahrzehnte entstanden, die spiegelbildlich die Verschuldung der öffentlichen Haushalte zur Folge hatten. Die konsequente Lösung ist die Einführung einer progressiven Vermögenssteuer, die hauptsächlich die Reduzierung der Vermögen an den Finanzmärkten zum Ziel hat und nicht das Vermögen an Produktionseinrichtungen. Möglicherweise muss dazu in Deutschland das Grundgesetz geändert werden, damit ein solches Gesetz nicht vom Verfassungsgericht „kassiert“ wird.

An den großen Vermögen an Betriebskapital sind entsprechend den Vorschlägen der Gemeinwohl-Ökonomie die MitarbeiterInnen zu beteiligen, und vielleicht auch die Kommunen, in denen die Firmen ansässig sind.

Mit den zusätzlichen Steuereinnahmen ist die Verschuldung der öffentlichen Haushalte Zug um Zug abzubauen und es sind Investitionen in die ökologische Zukunftsfähigkeit zu fördern. Natürlich können sie auch zur Überwindung des Pflegenotstands und zur Verbesserung der Bildungschancen und der sozialen Gerechtigkeit verwendet werden.

Damit die neuen Steuergesetze effektiv wirken, müssen steuerrelevante Informationen zwischen den Staaten ausgetauscht werden. Banken, Anlageberater, Anwaltskanzleien und Steuerberater, die ihre Kunden zu Steuerhinterziehungen animieren oder ihnen dabei behilflich sind, verlieren ihre Zulassung.

Banken werden so wieder auf ihre eigentliche Aufgabe zurückgeführt, nämlich: Den Zahlungsverkehr – auch ins Ausland - zu organisieren, Spargelder einzusammeln und Kredite zu vergeben. Sie werden wieder zu Dienern der Realwirtschaft und der privaten Haushalte.

Ergänzt werden muss diese Transformation der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mit einer neuen **Geldpolitik**. Dazu gibt es den Vorschlag der **Vollgeldreform**, bei der nur noch die Zentralbank zusätzlich Geld in Umlauf bringen darf, die Banken dürfen nur noch in der Höhe Kredite vergeben, wie sie Kundeneinlagen mit Kündigungsfristen haben und sie können bei der Zentralbank aufgenommene Kredite weiterverleihen. Die Girokonten der Kunden sind nicht Bestandteil der Bankbilanzen. Das Geld auf den Girokonten ist dann genauso sicheres Geld wie das Bargeld. Es ist vollgültiges Geld, daher der Ausdruck Vollgeld.

Zusätzlich müssen die Regelungen im Vertrag von Lissabon, die die EZB betreffen, dahingehend geändert werden, dass die EZB auch an Staaten Kredite vergeben kann. Es ist nicht einzusehen, weshalb dazu zusätzlich die Geschäftsbanken zwischengeschaltet werden müssen.

## 10. Und was geschieht bei Kapitalflucht?

Nehmen wir mal an, dass z.B. England und die USA bei dieser grundlegenden Veränderung nicht mitmachen. Dann könnten die KapitalbesitzerInnen ihre Kredite und Beteiligungen bei Unternehmen der EU abziehen und in Pfund oder Dollar anlegen.

Wäre das ein Problem? Nein, gar nicht, dieses „Fluchtkapital“ würde dann von der Europäischen Zentralbank (EZB), bzw. von den Zentralbanken der EU-Länder mit eigenen Währungen, ganz einfach ersetzt.

Es ist nicht auszuschließen, dass es nützlich sein könnte, solche Kapitalverschiebungen durch eine Kapitaltransaktionssteuer mit einem wesentlich höheren Steuersatz unattraktiver zu machen.

Es werden sehr wahrscheinlich noch weitere Maßnahmen erforderlich sein. **Wenn uns und den PolitikerInnen klar geworden ist, dass die privaten Besitzer von großen Geldvermögen für unsere Wirtschaft gar nicht gebraucht werden, dann werden wir auch den Mut haben, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.**

## **11. Und wie ist das mit der Arbeitslosigkeit bei Null-Wachstum?**

Ist es nicht so, dass die Produktivität der Arbeit stetig zunimmt und auch deshalb die Wirtschaft wachsen muss, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden?

Ja, in der Vergangenheit war das so, dass die Arbeitsproduktivität anstieg, allerdings mit fallender Tendenz. Vor 20 Jahren stieg die Produktivität der Arbeit in Deutschland noch um 2 % pro Jahr, inzwischen ist sie auf 1 % gesunken.

Dieser Trend wird sich vor allem dann fortsetzen, wenn wir konsequent den ökologischen Umbau der Wirtschaft vorantreiben. Automatisierung ist meistens mit zusätzlichem Energie- und Rohstoffeinsatz verbunden, z.B. für den Bau und den Betrieb von Robotern. Das wird in Zukunft nicht mehr in dem Umfang möglich sein. Oder: Die industrielle Landwirtschaft ist nicht zukunftsfähig, da sie viel zu viel Treibhausgase ausstößt und die Böden durch die Überdüngung und Pestizide belastet. Sie muss komplett auf eine ökologische Wirtschaftsweise umgestellt werden, die wesentlich arbeitsintensiver ist.

Es ist deshalb zu erwarten, dass die Arbeitsproduktivität in Zukunft nicht mehr steigt, es ist sehr gut möglich, dass sie sogar sinkt.

Sollte es widererwarten doch Phasen mit Produktivitätssteigerungen geben, dann kann dies durch Arbeitszeitverkürzung ausgeglichen werden. Wenn durch die Überwindung des kapitalistischen Denkens keine Gewinne mehr für das Kapital erwirtschaftet werden müssen, dann fällt die Arbeitszeitverkürzung wesentlich leichter, als dies heute der Fall ist.

## **12. Zusätzliche Erfordernisse**

Auch dann, wenn diese Vorschläge für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus in relativ kurzer Zeit realisiert werden, sagen wir mal innerhalb von 8 – 10 Jahren, ist es dringend erforderlich, dass bei der Umweltzerstörung, allen voran durch den Klimawandel, zusätzlich mit direkt wirkenden Maßnahmen und Vorschriften sehr schnell eine deutliche Verbesserung erzielt wird. Außerdem ist nicht anzunehmen, dass nur durch das Abschütteln des kapitalistischen Denkens gleichzeitig alle sozialen und ökologischen Erfordernisse berücksichtigt werden.

Folgende Maßnahmen werden vorgeschlagen, die sofort begonnen werden können, also noch im heutigen kapitalistischen System:

### **12.1. Maßnahmen gegen den Klimawandel – das zweistufige Emissionsbegrenzungssystem**

Wenn Deutschland seine Verpflichtungen im Rahmen des Pariser Abkommens wirklich erfüllen will, müssen wir den Ausstoß von Treibhausgasen (THG) bis 2040 auf netto 0 reduzieren. Das bedeutet, dass noch bestehende unvermeidbare Emissionen an THG durch geeignete Maßnahmen kompensiert werden müssen; z.B. durch die Anreicherung des Bodens mit Humus, oder durch zusätzliche Aufforstungen. Damit wir bis 2040 in die Nähe des erforderlichen Ziels kommen, muss der THG-Ausstoß jedes Jahr um etwa 8 – 9 % reduziert werden! Das ist eine gewaltige Herausforderung.

Für die Erreichung dieses Ziels werden hauptsächlich 2 Vorschläge diskutiert, - der Emissionshandel und die CO<sub>2</sub>-Steuer. Zusätzlich gibt es sehr viele Detailvorschläge, wie der Ausstoß von Treibhausgasen reduziert werden kann und es gibt den Vorschlag ganz konkrete Verbote auszusprechen, wie z.B. dass ab den Jahr 2030 keine Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor gebaut werden dürfen, oder das Verbot von Kurzstreckenflügen.

Mit dem Emissionshandel könnte theoretisch die Emission sehr gezielt im erforderlichen Umfang reduziert werden, wenn nur die im Reduktionsplan vorgesehene Anzahl von Zertifikaten versteigert würden. Beim EU-Handelssystem ist jedoch die Wirkung völlig unzureichend, vor allem weil zu viele Zertifikate kostenlos ausgegeben wurden und die Reduktionsziele mit z. Z. 1,74 % und ab 2021 mit 2% viel zu gering sind, außerdem ist das System durch die weltweite Kompensationsmöglichkeit nicht kontrollierbar.

Mit der CO<sub>2</sub>-Steuer, deren Steigerungsrate über mehrere Jahre geplant wird, kann dagegen die Reduktion der Emission nicht vorgegeben werden, weil sie **nur eine Lenkungswirkung** hat. Und bei Rückerstattung der Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Steuer verliert sie zusätzlich an Lenkungswirkung.

Auch mit konkreten Verboten und Vorschlägen für die Reduzierung des THG-Ausstoßes wird das Klimaschutzziel nicht erreicht werden können, denn das Ziel ist nur dann erreichbar, wenn jede erdenkliche Möglichkeit zur THG-Einsparung genutzt wird, und das kann nicht planwirtschaftlich zentral geplant und überwacht werden. Wie soll z.B. die Reduzierung des Konsums tierischer Produkte überwacht werden? Das wäre nur mit der Ausgabe von Bezugsscheinen möglich.

**Das Not-wendige Klimaschutzziel wird nur dann erreichbar sein, wenn wir die Kreativität aller Menschen zur Erreichung dieses Ziels nutzen.**

Ich schlage deshalb eine Mischform aus CO<sub>2</sub>-Steuer und Emissionshandel vor, nämlich eine festgesetzte Deckelung des THG-Ausstoßes, (ähnlich wie beim Emissionshandel, jedoch mit der Notwendigen Reduktionsrate), im Verbund mit einer jährlich neu an die Ziele angepassten CO<sub>2</sub>-Steuer, also einer **dynamisierten CO<sub>2</sub>-Steuer**. Wenn sich nach etwa 4 – 5 Jahren der Praktizierung dieser Methode herausstellen, dass auch mit dieser dynamisierten CO<sub>2</sub>-Steuer das Reduktionsziel nicht erreicht wird, empfehle ich die **Kontingentierung des THG-Ausstoßes**.

Dazu wird folgendes Verfahren vorgeschlagen:

Das in jedem Jahr noch verfügbare THG-Kontingent (in Höhe der geplanten Deckelung) wird an jene Unternehmen versteigert, bei deren Produktion THG entstehen, deren Produkte CO<sub>2</sub> freisetzen (Benzin, Gas, etc.), sowie an Importeure.

**Einen Handel mit Kontingenten und die Kompensationsmöglichkeiten gibt es nicht mehr.**

Weitere Vorschläge für beide Systemvarianten:

- a) Die Reduktionsrate wird in allen Ländern so festgelegt, dass das in Paris beschlossene Ziel erreicht wird.
- b) Die Einnahmen aus der Steuer bzw. der Versteigerung des Kontingents werden an alle BürgerInnen in gleicher Höhe ausbezahlt; dadurch erhalten diejenigen einen Bonus, die umweltbewusst konsumieren.
- c) Bei allen Produkten und Dienstleistungen wird die Höhe der anteiligen Kosten für die CO<sub>2</sub>-Steuer bzw. der Ersteigerung der Kontingente im Verkaufspreis ausgewiesen; dadurch wird der THG-Rucksack bei allen Produkten und Dienstleistungen sichtbar.
- d) Beim Export und Import von Waren erfolgt für die CO<sub>2</sub>-Steuer bzw. für die Kontingentkosten ein Grenzausgleich, wie dies bei der MwSt. praktiziert wird. Das bedeutet, dass der THG-Ausstoß bei der Produktion und beim Transport der importierten Waren mit dem gleichen Steuersatz, bzw. den gleichen Kosten für die THG-Kontingente belastet werden, wie die inländischen Produkte.

Ich nenne diesen Vorschlag **das zweistufige Emissionsbegrenzungssystem**.

Der wichtigste Vorteil dieses Systems besteht darin, dass wir Menschen unsere Kreativität und unseren Ehrgeiz für besondere Leistungen nicht mehr dafür einsetzen werden, möglichst alles besser, schneller, höher und schöner zu machen und dadurch den Wachstumsdrang hervorrufen, sondern wir nutzen unsere Kreativität in Zukunft für die Lösung des Klimaproblems.

Eine Ausführliche Beschreibung dieses Systemvorschlags liegt vor.

## **12.2. Maßnahmen gegen den Ressourcenverbrauch**

Durch die Erzwingung der Reduktion des THG-Ausstoßes wird nicht nur die Ausbeutung von Kohle, Öl und Gas sehr zügig zurückgehen, es ist auch zu erwarten, dass die Ausbeutung der meisten übrigen natürlichen Ressourcen abnehmen wird. Wenn dies nicht im erforderlichen Umfang eintritt, ist zusätzlich die Ressourcensteuer einzuführen.

Auch die Einnahmen der Ressourcensteuer müssen sozialverträglich an die Bevölkerung zumindest teilweise zurückerstattet werden.

### **12.3. Maßnahmen zur Erhaltung der Artenvielfalt und des Umweltschutzes**

Zur Beendigung der Ausrottung von Millionen von Tieren und Pflanzen wird der erfolgreiche Stopp des Klimawandels einen wesentlichen Beitrag leisten. Weitere Erfolge werden nur durch Vorschriften zu erzielen sein.

**Die Rodung der Urwälder** muss weltweit verboten werden. Um auch illegale Rodungen unattraktiv zu machen, muss z.B. die in der EU erlassene Vorschrift der Beimischung von Pflanzentreibstoffen sofort zurückgenommen und in ein Verbot der Beimischung umgewandelt werden. Zusätzlich muss der Import von Tropenhölzern ganz verboten oder drastisch eingeschränkt werden, und der Import von Sojaprodukten muss beschränkt oder besteuert werden.

**Die „Ausräumung“ der Naturlandschaft** und die Trockenlegung von Sumpfbereichen muss durch Vorschriften verboten und durch Renaturierungsmaßnahmen zumindest teilweise wieder rückgängig gemacht werden.

Die intensive Bewirtschaftung der Felder wird zwar durch die Maßnahmen für den Klimaschutz deutlich zurückgehen, da sich der Ökolandbau durchsetzen wird. Zusätzlich können Vorschriften erlassen werden, wie z.B. Bestandsobergrenzen für die Anzahl von Tieren pro bewirtschaftete Fläche und Obergrenzen für die Düngung.

**Der Einsatz von giftigen Chemikalien** in der Landwirtschaft muss durch ein Verbot ganz unterbunden werden. Dies ist eine wichtige Maßnahme gegen das Insektensterben und die Dezimierung von Wildtieren.

Dadurch wird auch die Verseuchung des Grundwassers an der Wurzel behoben, ebenso durch die oben vorgeschlagenen Maßnahmen gegen die Überdüngung der Felder.

**Die Zerstörung des Ökosystems der Meere** ist eine Folge der steigenden Temperaturen, der Versauerung durch den CO<sub>2</sub>-Eintrag, der Überfischung und des Eintrags von (Plastik-)Müll und Chemikalien. Maßnahmen gegen diese Probleme sind weltweit, also auf der Ebene der UNO, in Angriff zu nehmen. Sie können, neben den Maßnahmen gegen den Klimawandel, nur durch ganz konsequente Vorschriften gelöst werden.

### **12.4. Genug für alle – statt Reichtum für Wenige**

In Deutschland besaß im Jahr 2017 das reichste Zehntel der Bevölkerung 56,1 % des Nettogesamtvermögens (Tendenz steigend), und die ärmere Hälfte besaß 1,3 %. Nahezu ein Viertel unserer Arbeitskräfte bekommen einen so niedrigen Lohn, dass sie fast nicht davon leben können, das Rentenniveau sinkt und die Sozialtransfers reichen häufig für ein Leben in Würde nicht aus.

Die dringend notwendigen Maßnahmen zum Klimaschutz werden zu einer deutlichen Verteuerung der Lebenshaltungskosten führen. Aus diesem Grund ist es erforderlich, dass die unteren Einkommen deutlich aufgebessert werden. Dies ist in der neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ohne kapitalistisches Denken auch sehr gut möglich, weil die Kapitalkosten sehr niedrig werden. Dieses neue Denken öffnet auch den Weg für eine sozial-gerechte Entlohnung der Arbeitsleistung. Nach meiner Vorstellung sollte das **maximale Einkommen das 7- bis 10-fache** des niedrigsten Lohnes nicht übersteigen und der niedrigste Lohn sollte nicht niedriger als 60 % des Durchschnittslohnes sein, was dem OECD-Standard entspricht.

In der neoliberalen „Welt“ sind wir meilenweit von diesen solidarischen Vorstellungen entfernt und es wird eine gute Weile dauern, bis eine gerechte Entlohnung durchgesetzt werden kann, die Entwicklung ist in den letzten 30 Jahren entgegengesetzt verlaufen. Dies lag auch daran, dass immer mehr Unternehmen aus der Tarifbindung aussteigen, (im Jahr 2017 arbeiteten im Westen noch knapp 50 % und im Osten nur noch 34 % der Beschäftigten in tarifgebundenen Unternehmen) und nur wenige Gewerkschaften haben die Kraft, solche Tariflöhne auszuhandeln, dass auch die Arbeitskräfte der unteren Tarifgruppen ein ausreichendes Einkommen haben. Die unterschiedlichen

Kräfte der Gewerkschaften haben zur Folge, dass gleichwertige Tätigkeiten in den verschiedenen Branchen unterschiedlich entlohnt werden.

Damit sich in Deutschland eine gerechte Entlohnung aller Arbeitskräfte - auch der Selbständigen und Scheinselbständigen - durchsetzen kann, ist es erforderlich, dass alle Gewerkschaften und Berufsverbände wie z.B. der Beamtenbund, sowie die Interessenvertretungen der Selbständigen eine „Tarifgemeinschaft“ bilden und für alle Tätigkeiten, von der Hilfskraft bis zum Konzerndirektor, über alle Branchen hinweg, mit den Arbeitgeberverbänden und Gebietskörperschaften einen Tarifvertrag fordern und aushandeln. Diese Forderung muss von der Regierung unterstützt werden.

Sollte diese Tarifgemeinschaft nicht zustande kommen, dann muss ein **Solidaritätsrat** eingesetzt werden, der in einer Wahl von allen Wahlberechtigten bestimmt wird, oder der nach einem vereinbarten Verteilungsschlüssel aus VertreterInnen der Gewerkschaften, des Beamtenbundes, der Unternehmensverbände, der Gebietskörperschaften, der Verbände der Selbständigen und der Sozialverbände zusammengesetzt wird.

Aufgabe dieses Rates ist es zunächst, einen ersten Rahmenvorschlag für eine zukünftige, bundesweit gültige Entlohnungsordnung für alle Tätigkeiten auszuarbeiten. **Es ist quasi ein Tarifvertrag, der für alle Branchen und alle Tätigkeiten Gültigkeit hat.**

Nach einer gründlichen öffentlichen Diskussion der Vorschläge des Solidaritätsrates, muss die Regierung ein Gesetz über die Stufen und Grenzen der Entlohnung ausarbeiten, das zuerst in den Parlamenten diskutiert wird, um es dann in einer Volksabstimmung zur Annahme vorzulegen.

Der Solidaritätsrat wird danach Vorschläge für die Höhe der **staatlichen Sozialleistungen** ausarbeiten, die als Grundlage für die neue Festsetzung der Sozialleistungen verwendet werden.

Da die Verteilung der gemeinsam erarbeiteten Wertschöpfung auch durch die Gewinne aus wirtschaftlicher Aktivität erfolgt, wird der Solidaritätsrat in einem weiteren Schritt die Grenzen für die als gerecht empfundenen Unternehmensgewinne und ihre Verwendung erarbeiten. Hier muss eine tragfähige Lösung gefunden und ein gesellschaftlicher Konsens im Sinne von sozialer Gerechtigkeit herbeigeführt werden, denn die geschaffenen Werte können nur einmal verteilt werden. Und spätestens dann, wenn es kein Wachstum mehr geben wird, können diese Erlöse nicht mehr ansteigen, und im Fall einer wirtschaftlichen Schrumpfung müssen sie sogar zurückgehen.

Es müssen auch Vorschläge erarbeitet werden, wie Arbeitslosigkeit von länger als 3 Monaten vermieden werden kann. Die Geisel der längeren Arbeitslosigkeit ist ganz zu beseitigen, denn Arbeitslosigkeit ist ein Eingeständnis des Scheiterns der Gesellschafts- und der Wirtschaftspolitik, sie untergräbt das Selbstwertgefühl der Betroffenen und macht die Menschen krank.

## **12.5. Regionalisierung statt Globalisierung**

Der Soziologe Stephan Lessenich beschreibt in seinem Buch „Neben uns die Sintflut“, wie unser Wohlstand zu einem erheblichen Teil durch die Ausbeutung der Rohstoffe und der Menschen in den Staaten des globalen Südens entsteht. Die großen Konzerne sind die Treiber und die größten Profiteure der Globalisierung, sie lassen in Niedriglohnländern produzieren, verkauft wird mit hohen Gewinnen in Hochlohnländern und den Schrott bringen wir wieder zurück in diese Länder. Die Globalisierung verursacht ein enormes Transportvolumen, verbunden mit zusätzlichem CO<sub>2</sub>-Ausstoß, der den Klimawandel verstärkt.

Verlierer sind vor allem die Menschen in den Staaten, die nicht den Sprung zur eigenständigen Industrialisierung - wie z.B. Südkorea - geschafft haben. In einigen Staaten, vor allem in Asien wurden zwar eine nennenswerte Anzahl von Arbeitsplätzen geschaffen, die Beschäftigten werden aber so miserabel entlohnt, dass sie die Produkte, die sie erzeugen, nicht selbst konsumieren können. Sie sind die modernen Sklaven für die Profiteure der Globalisierung.

Aber auch Arbeitskräfte in den Industriestaaten sind betroffen, wenn ihre Arbeitsplätze in Niedriglohnländer verlagert werden, und sie in der Folge keinen oder nur einen geringentlohten Arbeitsplatz finden können.

Mit der weltweiten Ausbreitung des Corona-Virus wird uns nun bewusst, dass die Globalisierung auch eine sehr große Gefahr für die weltweite Ausbreitung von Krankheiten in sich birgt.

Es ist auch falsch, eine nahezu grenzenlose Globalisierung mit marktwirtschaftlichen Konditionen zu etablieren, denn eine Marktwirtschaft erfordert für alle Beteiligten die gleichen oder ähnliche Rahmenbedingungen. Dies trifft aber in der nun globalisierten Wirtschaft bei weitem nicht zu. Es war deshalb ein großer Fehler, diese Politik kritiklos zu akzeptieren. Sie verursacht sehr hohe Anpassungsverluste und sie macht die Reichen reicher und die Armen ärmer.

**Die Lösung ist die Bildung von regionalen Wirtschaftszonen**, bestehend aus Staaten mit ähnlichem Entwicklungsstand und ähnlicher Kultur und vielleicht sogar ähnlichen klimatischen Bedingungen. Ziel dieser regionalen Wirtschaftszonen ist es, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu erleichtern, gleichzeitig aber nach außen schützende Handelsschranken zu definieren. Dadurch wird die für eine Marktwirtschaft erforderliche Chancengleichheit wiederhergestellt und die im Aufbau begriffene Wirtschaft einer Region oder gar eines ganzen Kontinents kann geschützt und gefördert werden. So ist eine Befreiung der Menschen in den Niedriglohnländern aus der Versklavung durch internationale Konzerne möglich.

Auch angesichts der kulturellen, klimatischen und religiösen Unterschiede ist es falsch, alle Menschen in dasselbe Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu zwingen. Dieser Zwang der Gleichschaltung ist wohl auch ein wesentlicher Grund für die Ausbreitung des neuen nationalistischen und rechtsradikalen Denkens bis hin zum Terrorismus, denn der internationale Wettbewerb zwingt die Menschen, anders zu arbeiten und zu leben als sie es gewohnt sind. Sie fühlen sich fremdbestimmt und nicht mehr frei.

In den regionalen Wirtschaftszonen können auch Unternehmen aus anderen Regionen investieren und produzieren, aber in erster Linie für den lokalen Markt. Dann können auch in diesen Ländern die Menschen zur Steigerung ihres eigenen Wohlstandes arbeiten.

Eine solche neue Handelspolitik muss von einer angepassten Entwicklungspolitik begleitet werden. Ziel der Entwicklungspolitik kann nicht mehr sein, die Basare der Länder des Südens zu Märkten für unsere Waren zu machen, und im Gegenzug die Rohstoffe dieser Länder zu Niedrigstpreisen auszubeuten. **Ziel muss werden, diesen Ländern auf ihren selbstbestimmten Entwicklungswegen Unterstützung und Hilfe zu gewähren.**

### **13. Was wir aus der Corona-Krise lernen könn(t)en**

Die rasche Ausbreitung des Coronavirus mit z.T. erheblichen Sterberaten hat die Regierungen dazu veranlasst, drastische Maßnahmen zu ergreifen, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Die Wirtschaft und das öffentliche Leben sind dadurch in weiten Bereichen nahezu zum Stillstand gekommen. Dieser Zustand ist vergleichbar mit dem Winterschlaf bei einigen Tieren, bei dem sie alle Aktivitäten ihrer Organe auf das erforderliche Minimum reduzieren, und von ihren Fettreserven zehren. Aus diesem Vergleich können wir praktische Schlüsse zur Bewältigung dieser außergewöhnlichen Situation ziehen.

Zuerst zur Frage: Welche Dienstleistungen und Produktionen sind auch bei dieser extremen Reduzierung der wirtschaftlichen Aktivitäten zwingend erforderlich?

1. Die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Hygieneartikeln muss gesichert sein.
2. Alle benötigen eine Wohnung mit Strom und im Winter mit Heizenergie (die ist aber in der Regel ausreichend „gebunkert“).
3. Die Gesundheitsversorgung muss sichergestellt werden.
4. Die öffentlichen Verkehrsmittel, Post und Telefon müssen funktionieren und In reduziertem Umfang ist auch die Versorgung mit Treibstoffen erforderlich.

5. Wir benötigen persönliche Kontakte oder wenigstens Gespräche am Telefon und
6. Wir benötigen eine Kommunikation nach außen, z.B. in Form von Radio-, Fernsehen oder Zeitungen.
7. Wir benötigen ein Minimum an Kulturellen Impulsen (Bücher, Musik) und
8. Kleinere Dienstleistungen, wie z.B. Haare schneiden können noch hinzukommen.

Das ist es, was wir innerhalb einer begrenzten Zeit von etwa 6 Monaten dringend benötigen, sehr viel mehr ist es nicht! **ABER! - Dafür benötigen ALLE das erforderliche Einkommen!**

Die Parallele zum Winterschlaf verdeutlicht auch, dass in dieser Zeit NIEMAND Gewinne erwirtschaftet und seinen Reichtum vermehrt, schon gar nicht zu Lasten der Menschen, die von der Corona-Krise besonders betroffen sind! Im Gegenteil, es ist opportun, dass wir ALLE von den Gewinnen, die in den Jahren davor gemeinsam erarbeitet wurden, in dieser Zeit zehren! Das bedeutet, dass in dieser Zeit von den vom Stillstand betroffenen Bereiche keine Zins- und andere Kapitalkosten zu entrichten sind, auch keine Ratenzahlungen. Auch die Kaltmiete kann in dieser Zeit ausgesetzt werden, sofern der Vermieter die Miteinnahmen nicht für die Bezahlung seines Lebensunterhalts benötigt.

Das Bedeutet: **Die Zeit des epidemisch verursachten wirtschaftlichen Stillstands wird finanztechnisch wie „eine einzige (lange) Nacht“ behandelt. Dadurch werden Insolvenzen vermieden und die betroffenen Bereiche können nach Wiederaufnahme der Aktivitäten ohne „Corona-Lasten“ weiterarbeiten.** Auch Ausgaben zur Wiederankurbelung der Wirtschaft sind nicht oder nur in überschaubaren Rahmen erforderlich. Auch diese Sonderausgaben sollten hauptsächlich vom „Fett“, also von den Gewinnen der früheren Jahre, durch eine zeitlich begrenzte Sondersteuer auf hohe Vermögen finanziert werden.

Zwei Monate nach Ausbruch der Corona-Krise kann noch nicht abgeschätzt werden, was die Gesellschaften aus der Corona-Krise wirklich lernen werden. Mein „Winterschlaf-Vorschlag“ wird aller Voraussicht nach nicht dabei sein. Im Augenblick ist zu befürchten, dass versucht wird, möglichst rasch wieder in den alten „Wachstumstrott“ zurückzukehren. Das wäre verhängnisvoll.

Aber einige Erkenntnisse sind jetzt schon offensichtlich. Die wichtigsten davon sind:

1. Die Regierungen sind wesentlich handlungsfähiger, als sie dies z.B. bei den Problemen der Steuerflucht, bei der Austrocknung der Steueroasen und bei der Bekämpfung der Geldwäsche vorgeben. Es liegt nur an ihrem Willen!
2. Wir werden lernen, dass das Leben auch dann weitergeht, wenn die Wirtschaft sogar schrumpft.
3. Damit bekommen wir den Kopf frei, um uns zu überlegen, wie wir die Klimakrise meistern können.
4. Wir können erkennen, welche Gefahren durch die grenzenlose Globalisierung und unsere „Reisewut“ entstehen. Wir können daraus die erforderlichen Lehren ziehen und die Handelspolitik und unser Verhalten grundsätzlich ändern.

Dazu eine Begebenheit aus dem Jahr 1969: Meine Frau und ich haben während unseres 1 ½-jährigen USA-Aufenthalts eine Reise in die Indianerreservate des Westens gemacht. Dort sagte uns ein Navajo-Indianer: *Wenn alle Menschen die gleiche Sprache sprechen, dann kommt das Ende der Menschheit.-!?*

5. Wir könnten lernen, dass man die wirtschaftlichen Probleme am besten löst, in dem alle ihren möglichen Beitrag leisten. So könnten z.B.
  - Angestellte des öffentlichen Dienstes und Beamte in der Krisenzeit auf einen Teil ihrer Bezüge verzichten,
  - Selbst die BezieherInnen von hohen Renten könnten eine vorübergehende Rentenkürzung verkraften.

- Und alle, die durch die Corona-Krise keine wirtschaftlichen Einbußen hinnehmen mussten, und über ein Einkommen verfügen, das über dem Durchschnitt liegt, könnten durch eine Lastenausgleichsabgabe einen angemessenen Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten.

Und warum das alles? – Ja klar, um eine riesige Verschuldung des Staates zu vermeiden, denn die Schulden müssen später wieder zurückbezahlt werden.

Es ist ja geradezu widersinnig, wenn Kredite aufgenommen werden, um Kreditzahlungen weiterhin zu ermöglichen. Dadurch wird die „Kapitalentlohnung“ sogar gesteigert, obwohl die Wirtschaftsleistung zurückgegangen ist. Dies geht zwangsläufig zu Lasten der Entlohnung der Arbeitskräfte. Das kann es nicht sein!

Mit der vernünftigen Bewältigung der Corona-Krise hätten wir schon einmal üben können, wie wir die wirtschaftlichen Auswirkungen bewältigen können, die bei der Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen auf netto 0 mit großer Wahrscheinlichkeit auftreten werden. Diese Chance werden wir voraussichtlich nicht nutzen. Schade!

## 14. Schlussbemerkung

Sind die Vorschläge für die Lösung der Umweltprobleme und des Klimawandels zu radikal? Nein – sie müssen radikal sein, also an die Wurzel der Probleme gehen, sonst werden die Probleme nicht rechtzeitig gelöst.

Und sind die Vorschläge für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus utopisch oder gar illusorisch? - Nein, ganz und gar nicht - sie sind nur ungewohnt, weil wir in der Vergangenheit von den Nutznießern des kapitalistischen Denkens, von der Wirtschaftswissenschaft, von den PolitikerInnen und von der öffentlichen Meinung - den Medien - von Jugend an ganz gezielt anders beeinflusst und belehrt wurden, und ihre Drohungen haben uns beeindruckt und eingeschüchtert.

**Es ist allerhöchste Zeit, dass wir uns von diesem Denken befreien und mit dem neuen Denken die Möglichkeit schaffen, dass die Bewohnbarkeit der Erde für uns Menschen erhalten bleibt.**

Dieses neue Denken wird uns auch ermöglichen, ein ganz neues Zusammenleben zu praktizieren. Es gibt keine Konkurrenz mehr um das größte Wachstum. Es gibt keinen Wettstreit mehr darum, wer sich das größte Auto leisten kann. Wir werden wieder mehr die Schönheit der Natur genießen und die gute Nachbarschaft pflegen. Vielleicht bekommen auch Vereine wieder mehr Zulauf, und es ist auch gar nicht auszuschließen, dass wir uns wieder stärker in politischen Organisationen engagieren, um die Zukunft selbst zu gestalten, vor allem zum Nutzen unserer Kinder und Enkelkinder.

Ich möchte von meinen Enkeln nicht gefragt werden: Opa, hast du diese Fehlentwicklung nicht gesehen? Oder: Warum hast du nichts dagegen unternommen?

Noch haben wir die Chance Schlimmstes zu verhindern – aber nicht mehr lange.

Franz Groll Eichendorffstr. 4 75391 Gechingen Tel: 07056 2391 [Franz.Groll@gmx.de](mailto:Franz.Groll@gmx.de)